

Der Freiheitskampf



Amfliche Tageszeitung der NSDAP.

Es hat seinen Verbreitungsgebiet beherrschendste bestimmte Blatt zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Staats- und Gemeindeführer, der Reichsminister, der Reichsbeamten, der Reichsbeamten und der Reichsbeamten.

Bezugspreis mit 2,40 RM, (einmal 41 Pf. Reichswehrgeld bzw. 41 Pf. 42 Pf. Trägerlohn) Durch die Reichswehr, einmal 40 Pf. Zeitungsgeld (zusätzl. 42 Pf. Reichswehrgeld) Bei Abholung in unvers. Reichsteile 2 RM. Erhöht sich nach Ermessens der Postverwaltung bei Abholung infolge höherer Frachtkosten. Kein Anspruch auf Rückzahlung der Bezugsgebühr über auf Entschädigung.

Nr. 69. Dienstag, 10. März 1936

Bezugspreis
f. d. Reichswehr
Berlin
Vertrieb
GdR 10

Heute abend, 20.15 Uhr

wird der Wahlkampf mit
einer Großkundgebung des
Gauges Berlin eröffnet. Es

spricht Pp. Dr. Goebbels!

Der Deutschlandsender
überträgt die Rede, die

jeder Deutsche hören muß!

London prüft Hitlers Vorschläge

Außenminister Eden erklärt: Der deutsche Schritt ist keine Bedrohung mit Feindseligkeiten

Bedeutungsvolle Ausführungen im Unterhaus

London, 9. März.

Am Montagvormittag beschäftigte sich das englische Kabinett eingehend mit der durch den deutschen Schritt geschaffenen Lage. Am Nachmittag gab Außenminister Eden vor dem Unterhaus im Austrage der Regierung eine längere Erklärung ab. In dieser bedauerte er die „einseitige Aufkündigung“ des Locarno-Paktes, durch die der Grundsatz von der Heiligkeit der Verträge verletzt und die internationale Lage erheblich erschwert worden sei. Er betonte jedoch, es bestehe keinerlei Grund für die Annahme, daß die deutsche Aktion eine Drohung mit Feindseligkeiten in sich schließe. Die Vorschläge Hitlers zur Sicherung des Friedens in Europa werde die englische Regierung einer eingehenden Prüfung unterziehen. Ministerpräsident Baldwin trat dafür ein, den Frieden durch ein Freundschaftsverhältnis zu sichern, das England, Frankreich und Deutschland zusammenführe.

Unmittelbar nach Abgabe seiner Erklärung trat Eden die Reise nach Paris an, wo, wie bereits angekündigt, die Vertreter der Locarnomächte am Dienstagvormittag um 10.30 Uhr zusammentreten.

Gleich zu Beginn der Unterhausdebatte kam es zu einem bedeutenden Zwischenfall. Der radikale Arbeiterabgeordnete Cods fragte an, ob die Regierung irgendeine Mitteilung zur Rheinlandfrage abgeben könne. Zur allgemeinen Enttäuschung antwortete an Stelle Edens Lord Cranborne. Er forderte Cods auf, sich zu gebühren, bis der Außenminister seine Erklärung abgegeben werde. Cods hielt es darauf für richtig, den Unterstaatssekretär zu fragen, ob er jetzt noch glaube, daß irgendwelche ehrenhaftes Abkommen mit Deutschland möglich sei. — eine Frage, die im Hause zahlreiche Protestrufe hervorrief und vom Unterstaatssekretär denn auch vernünftigerweise nicht weiter beachtet wurde.

Als Eden dann das Wort nahm, waren die Galerien sowie die Diplomatenlogen bis auf den letzten Platz besetzt. Englands Außenminister gab zunächst eine Darstellung seiner letzten Fühlungnahme mit dem deutschen Botschafter in der Frage eines Luftpaktes. Hierauf wiederholte er im einzelnen den Inhalt des deutschen Memorandums vom 7. März und führte dann u. a. aus:

„Beim Empfang dieser Mitteilung teilte ich dem deutschen Botschafter mit, er dürfe nicht von mir erwarten, daß ich irgendwelche ins einzelne gehenden Bemerkungen über eine Urkunde von dieser Bedeutung machen würde, solange ich keine Gelegenheit gehabt hätte, sie näher zu prüfen. Gleichzeitig sagte ich dem deutschen Botschafter, daß ich eine Bemerkung sofort machen müßte. Ich bedauerte auf tiefste die Mitteilung über die Aktion, die die deutsche Regierung hinsichtlich der entmilitarisierten Zone unternommen habe. Er, der Botschafter, werde es zu würdigen wissen, daß dies der einseitigen Aufkündigung eines frei verhandelten und frei unterzeichneten Vertrages gleichkomme. Mir sei die deutsche Ansicht über die Wirkung des französisch-sowjetrussischen Paktes auf den Locarnovertrag bekannt. Diese Ansicht werde jedoch nicht von den anderen Unterzeichnermächten des Vertrages geteilt; wenn die deutsche Regierung trotzdem ihre eigenen Schlussfolgerungen aufrechterhalte dann stehe ihr als letzter Weg das Schiedsverfahren zur Verfügung. Ich müßte befürchten, daß die Wirkung der einseitigen Aufkündigung dieses Vertrages auf die Regierung und die britische öffentliche Meinung unvermeidlich beklagenswert sein müsse.“

Eden glug dann auf die näheren Absichten der Locarnomächte ein:

Der Völkerbund soll entscheiden

„Die französische und die belgische Regierung haben mit vollem Willen und Einverständnis der britischen Regierung gebeten, daß der Völkerbundrat so bald wie möglich zur Erörterung der Lage einberufen werden möge. Ich muß betonen, daß der Völkerbundrat die zuständige Körperschaft für diesen Zweck ist. Der Rat wird am kommenden Freitag zusammentreten. Natürlich wird vor dieser Zusammenkunft keine Entscheidung herbeigeführt werden; aber es wird

ein Gedankenaustausch stattfinden, und zwar morgen in Paris zwischen den Vertretern der vier Locarnomächte, ohne Deutschland. Diese

Das Tor zu Verhandlungen bleibt offen

Ich bin dankbar, sagen zu können, daß kein Grund für die Annahme besteht, daß die gegenwärtige deutsche Aktion eine Drohung mit Feindseligkeiten in sich schließt.

Die deutsche Regierung spricht in ihrem Memorandum von ihrem unabänderlichen Bestehen nach einer wirklichen Befriedung Europas und drückt ihre Bereitwilligkeit aus, einen Richtangriffspunkt mit Frankreich und Belgien abzuschießen.

Aber es darf über unsere Lage als Unterzeichner des Locarnovertrages kein Mißverständnis geben, und daher hält es die britische Regierung für notwendig, zu erklären, daß während der Zeit, die für die Erwägung der neuen Lage notwendig sein wird, jeder tatsächliche Angriff auf Frankreich oder Belgien eine Verletzung des Artikels 2 von Locarno darstellen würde. Die britische Regierung würde sich ungeachtet der deutschen Aufkündigung des Vertrages gebunden fühlen, gemäß den Bestimmungen des Vertrages dem angegriffenen Lande zu Hilfe zu eilen.

Es ist für alle offenkundig, daß unter den bestehenden Umständen der Übergang von einer schlechten Vergangenheit in eine bessere Zukunft ein mühsames und gemagtes Unterfangen sein wird. Wir haben nicht nur mit der Vergangenheit oder Gegenwart, sondern mit der Zukunft zu tun.

Baldwins Hoffnung auf dreifache Freundschaft

Zur Begründung führte er aus, die Bedürfnisse der Landesverteidigung und die auswärtige Politik seien so eng und fest miteinander verbunden, daß man über die eine nicht ohne die andere beraten könne. Daher werde er sich auch mit der englischen Außenpolitik befassen. Ihr Ziel sei, den Frieden für die Völker des britischen Reiches und für die Völker der Welt zu sichern. Die Mittel, dieses Ziel zu erreichen, bestünden in der kollektiven Sicherheit und Freundschaft. Um kollektive Sicherheit zu erhalten, gehöre England dem Völkerbund an. Freundschaft suche England mit allen Völkern der Welt.

Zu den britischen Bemühungen zur Förderung des Friedens erklärte Baldwin, man dürfe sich nicht als ein Zeichen von Schwäche ansehen. Weder die britische Regierung noch das britische Volk, so erklärte er, werden sich durch Drohungen einschüchtern lassen, aus welcher Ecke sie auch immer kommen mögen.

Am Schluß seiner Ausführungen ging Baldwin auf die gegenwärtige internationale Lage ein. Trotz der Unruhe in den internationalen Beziehungen, so sagte er, „wollen wir unsere

Besprechungen werden am folgenden Tage in Genf wieder aufgenommen werden. Die britische Regierung wird bei dieser Gelegenheit durch den Lordliegendebewahrer Lord Halifax und mich selbst vertreten sein.“

„Nicht uns nicht darüber täuschen“, so fuhr Eden fort, „daß die einseitige Aufkündigung freiwillig eingegangener Verpflichtungen und ein gleichzeitiges Vorgehen Deutschlands, als ob diese Verpflichtungen nicht vorhanden seien, die internationale Lage sowohl verwickelt als auch erschweren. Das Aufgeben des Locarnovertrages und die Befehung der entmilitarisierten Zone haben gründlich das Vertrauen in jede Verpflichtung erschüttert, die von der deutschen Regierung vielleicht in Zukunft übernommen werden wird. In diesem Hause oder in diesem Lande kann niemand sein, der einen solchen Schritt verzeihen oder entschuldigen möchte. Er vertritt dem Grundsatz von der Heiligkeit der Verträge, der dem ganzen Gefüge der internationalen Beziehungen zugrunde liegt, einen schweren Schlag (!).“

Eine der Hauptgrundlagen des Friedens in Westeuropa ist beeinträchtigt worden, und wenn dort der Frieden gesichert werden soll, ist es eine vielfältige Pflicht, ihn aufzubauen. In diesem Geiste müssen wir an die Vorschläge des deutschen Kanzlers herangehen. Die britische Regierung wird sie mit klarer Einsicht und objektiv prüfen mit dem Ziel, festzustellen, bis zu welchem Grade sie ein Mittel darstellen, mit dessen Hilfe die erschütterte Struktur des Friedens gesichert werden kann. Bei dem gegenwärtigen ernsten Zustand der internationalen Angelegenheiten ist die britische Regierung der Ansicht, daß keine Gelegenheit ungenutzt bleiben darf, die irgendeine Hoffnung bietet. Bei den bevorstehenden Umständen der gegenwärtigen Zeit fühle ich mich berechtigt, alle Meinungsrichtungen des Unterhauses um ihre Unterstützung bei der Durchführung der jetzt vor uns stehenden Aufgabe zu bitten.“

Nach Beendigung der Eden-Erklärung sagte der Ministerpräsident auf Anfrage des Oppositionsführers Attlee dem Unterhaus eine Aussprache über den deutschen Schritt zu.

Nachdem Eden seine Erklärung beendet hatte, beantragte Premierminister Baldwin, das Unterhaus möge die Vorschläge der Regierung billigen, die in dem Weißbuch über die Verteidigung enthalten seien.

ganze Kraft auf eine Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Völkern verwenden.“

Der Frieden in Europa kann nicht von Dauer sein, wenn der jahrhundertealte Argwohn zwischen Frankreich und Deutschland bleibt. Aber mit diesem Argwohn, mit diesem französischen Wunsch nach Sicherheit und dem deutschen Wunsch nach Gleichberechtigung sind unsere schönsten Hoffnungen wieder und wieder zunichte gemacht worden, manchmal durch die Franzosen, die unserer Ansicht nach eine Gelegenheit verpasst haben, ein Angebot anzunehmen. (Beifall). Und andererseits durch Deutschland, das etwas tat, das zum Bruch eines Vertrages geführt hat, und was uns wieder erschüttert hat. Aber auch, wenn es in dieser Weise gehandelt hat, so war es, wie ich glaube, nicht seine Absicht, die Empfindlichkeit der Franzosen zu verletzen.

Wir haben keinen kühneren Wunsch, als so zu handeln, daß wir unseren kühlen Kopf bewahren und fortfahren, Frankreich und Deutschland in Freundschaft mit uns zusammenzubringen. Ich

Fortsetzung auf Seite 2

Volk, entscheide!

Dr. L. Europa steht an entscheidender Schwelende. Klar und eindeutig hat der Führer am Sonnabend der Welt den Weg zur endgültigen Sicherung des Friedens gewiesen. Nicht sinnloser kriegerischer Demonstration galt der Einmarsch deutscher Soldaten in das bis dahin ungeschützte Land an Saar und Rhein. Als Wächter neu errungener Freiheit hat des Reiches junge Wehrmacht in der Westmark Posten bezogen. Wie von einem Alpdruck befreit atmeten die Volksgenossen jenseits deutscher Gasse auf, denen das Diktat übermächtiger Sieger bisher den Schanz ihrer dem friedlichen Aufbau gewidmeten Arbeit verjagt. Wer mit eigenen Augen und Ohren oder am Lautsprecher den unendlichen Jubel erlebte, mit dem die rheinischen Städte ihre neuen Garnisonen begrüßten, der weiß, daß die mutige Tat des Führers bei den Volksgenossen an der Reiches Westgrenze im rechten Sinne verstanden wurde. Wir sind wieder Herren in unserem eigenen Hause geworden. Das dankt heute ein ganzes Volk in geschlossener Einmütigkeit dem Führer. Das Reich ist frei. Der starke Arm der neuen Wehrmacht bürgt für seinen Bestand, sichert das Aufbauwert des Führers auch dort, wo fremde Willkür bislang hunderttausende deutscher Männer und Frauen dem beklemmenden Druck entsetzender „Friedens“-bestimmungen ausgelegt hatte.

Heber die außenpolitischen Auswirkungen des deutschen Schrittes und das Weltgeschehen, das das umfassende Friedensangebot Adolf Hitlers gefunden hat, ist an dieser Stelle bereits eingehend berichtet worden. Heute, da in den europäischen Kabinetten an die Stelle der ersten Gefühlsauswallung ruhige Überlegung getreten ist, zeichnet sich das Gesamtbild der politischen Situation nach klarer als kein einschätziges Diplomaten hat sich den zwingenden Gründen verschließen können, die den Führer des neuen Deutschlands angelehnt der in Paris und Moskau herausbezworenen Gefahren veranlaßten, die Konsequenzen aus einer Lage zu ziehen, die unhaltbar zu werden drohte. Nur gleichberechtigte Partner können miteinander ohne jede Heuchelei und diplomatische Verdrehungskünste über das Problem der Friedenssicherung reden. Die Wiederherstellung der deutschen Souveränität im Rheinland hat diese unerlässliche Voraussetzung geschaffen. Die sieben im Memorandum der deutschen Reichsregierung enthaltenen Vorschläge bieten eine hinreichende Basis zur Einleitung von Verhandlungen, deren erfolgreicher Ausgang den Völkern Europas auf Jahre und Jahrzehnte hinaus Ruhe und Frieden sichern kann.

Das deutsche Volk hat die Bedeutung der Stunde inständig erkannt. Als es in allen Gauen am Sonnabendabend seinen Führer in spontanen Kundgebungen und Nachzügen für die bestreite Tat dankte, da brachte es in diesen unerschöpflichen Stunden gleichzeitig seinen festen, unbedingten Willen zum Ausdruck, sich wie ein Mann hinter die kraftvollen Entschlüsse Adolf Hitlers zu stellen, der es sich zur Aufgabe gesetzt hat, Deutschland und darüber hinaus die europäische Kultur vor dem Untergang zu bewahren. Wer alle wissen heute um die historische Bedeutung dieser Mission. An die Stelle diplomatischen Känstelspiels hat der Führer die entschlossene Tat gesetzt. Er hat allen Friedfertigen die Hand zur Verfügung gestellt und niemand mehr davon ausgenommen. Das sind Tatsachen, an denen auch der Böswillige nicht zu rütteln vermag. Mögen die einen heute noch verführen, mit alten, längst überholten Methoden die